

Fragen

**für die Fragestunde der 96. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. März 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baumann, Günter (CDU/CSU)	27, 28	Laurischk, Sibylle (FDP)	22, 23
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	34, 35	Lensing, Werner (CDU/CSU)	1, 4
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	9, 29	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	60, 61
Burgbacher, Ernst (FDP)	12, 13	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	52, 53
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	46, 47	Müller, Stefan (Erlangen) (CDU/CSU)	38, 39
Daub, Helga (FDP)	24, 25	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	14, 15
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU) ..	48, 49	Pau, Petra (fraktionslos)	3, 56
Fricke, Otto (FDP)	20, 21	Dr. Pinkwart, Andreas (FDP)	18, 19
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	30, 31	Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)	32, 33
Grund, Manfred (CDU/CSU)	58, 59	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	2, 26
Haupt, Klaus (FDP)	10, 11	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	57
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	64	Sehling, Matthias (CDU/CSU)	42, 43
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	6	Spahn, Jens (CDU/CSU)	5
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	62, 63	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	50, 51
Kaupa, Gerlinde (CDU/CSU)	54, 55	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	36, 37
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	40, 41	Dr. Westerwelle, Guido (FDP)	16, 17
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	7, 8	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU)	44, 45

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	14
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Werner
Lensing
(CDU/CSU) | Wie viele Greifvögel wurden, durch rechtskräftige Verurteilungen nachgewiesen, zwischen 2000 und heute im internationalen Vergleich aus Wildhorsten in Deutschland entnommen, und wie verteilen sich die verschiedenen Arten von Greifvögeln (bitte zumindest Nennung der bedeutsamsten Arten) auf diese Anzahl?*) |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Dr. Ole
Schröder
(CDU/CSU) | Erstellt die Bundesmarine ein umfassendes Lagebild für die deutschen und die angrenzenden Seegebiete, auf das die Vollzugskräfte des Bundes und der Länder auf See zugreifen können?**) |
| 3. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Auf welcher Rechtsgrundlage wurde am 1. Oktober 2003 das Nationale Lage- und Führungszentrum Luftsicherheit in Kalkar, in dem Bundeswehrsoldaten und Beamte des Bundesgrenzschutzes zusammen rund um die Uhr tätig sind, eingerichtet? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|---|
| 4. Abgeordneter
Werner
Lensing
(CDU/CSU) | Wie hoch ist bezüglich des illegalen Greifvogelhandels in Deutschland die Zahl der abgeschlossenen Verfahren mit rechtskräftiger Verurteilung zwischen dem Jahr 2000 und heute im internationalen Vergleich, und wie schlüsselt sich diese Anzahl nach den verschiedenen Greifvogelarten (bitte zumindest Nennung der bedeutsamsten Arten) auf?***) |
|---|---|

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

**) Siehe hierzu auch Frage 26.

***) Siehe hierzu auch Frage 1.

5. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass die persönlichen Schreiben des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, und des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Fritz Behrens, vom 9. Februar 2004 bzw. 12. Februar 2004 zum Thema „Transporte bestrahlter Brennelemente in das Transportbehälterlager Ahaus“ an die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ weitergeleitet worden sind (vgl. www.bi-ahaus.de/040216behrenstrittin.htm), und wie will das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit derartige inoffizielle Weitergabe von Informationen in Zukunft unterbinden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

6. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die jüngsten national und religiös motivierten Gewalttaten in der Vojvodina, und richteten sich diese auch gegen Angehörige der deutschen Minderheit (Deutsche Welle-Monitor Ost-/Südosteuropa Nr. 14 vom 21. Januar 2004)?

7. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angemessen, grundlegende Veränderungen der Visaerteilungspraxis im Alleingang durch das Auswärtige Amt (AA) ohne vorherige Beteiligung des Bundesministeriums des Innern (BMI), der Länder und der Sicherheitsbehörden, deren Belange hierdurch wesentlich berührt werden, vorzunehmen (Antwort des Staatssekretärs im BMI, Dr. Göttrik Wewer, vom 27. Februar 2004 auf die schriftlichen Fragen des Abgeordneten Clemens Binninger auf Bundestagsdrucksache 15/2635)?

8. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Hat das AA den sog. Volmer-Erlass vor der Herausgabe an die Auslandsvertretungen mit den Schengen-Partnern abgestimmt, und wenn nein, warum nicht?

- | | |
|--|--|
| 9. Abgeordneter
Clemens
Binninger
(CDU/CSU) | Hat der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, auf die Sicherheitswarnung im Schreiben des Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Günther Beckstein, vom 24. März 2000 (Gz.: IA2-2084.10), in dem Dr. Günther Beckstein die Öffnung der Bundesrepublik Deutschland durch den sog. Volmer-Erlass als „sicherheitspolitisch sehr gefährlich“ bezeichnet hat und auf das der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, am 11. April 2000 geantwortet hat, hin die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder (Innenministerium u. a.) eingeschaltet, und wenn nein, warum nicht?*) |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|--|--|
| 10. Abgeordneter
Klaus
Haupt
(FDP) | Von wem ging die Initiative für die Umzugspläne des Bundeskriminalamts (BKA) nach Berlin aus? |
| 11. Abgeordneter
Klaus
Haupt
(FDP) | Welche Stellen waren an den Umzugsplänen beteiligt? |
| 12. Abgeordneter
Ernst
Burgbacher
(FDP) | Wurde bei den Umzugsplänen des BKA nach Berlin das Prinzip des föderalen Systems berücksichtigt, indem eine ausgewogene Verteilung von Bundesbehörden auf die Länder angestrebt werden sollte? |
| 13. Abgeordneter
Ernst
Burgbacher
(FDP) | Wie steht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen in der Föderalismuskommission zu der Kritik der Zentralisierung in Berlin? |

*) Siehe hierzu auch Frage 29.

- | | |
|---|---|
| 14. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Welche sicherheitsrelevanten Gründe waren für die Entscheidung des BMI zum geplanten Umzug des BKA nach Berlin ausschlaggebend? |
| 15. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Welche Probleme hinsichtlich der Arbeit des BKA in Wiesbaden und Meckenheim führten zu den Umzugsplänen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Guido Westerwelle
(FDP) | Trifft es zu, dass es von Seiten der Bundesregierung oder im BMI Pläne gegeben hat, neben dem BKA auch weitere Sicherheitsstrukturen und -behörden in Berlin zu zentralisieren? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Guido Westerwelle
(FDP) | Welche Pläne und ergebnisoffenen Prüfungen seitens der Bundesregierung gibt es heute, Sicherheitsstrukturen und -behörden in Berlin zu zentralisieren? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Andreas Pinkwart
(FDP) | Wann werden erste Teilergebnisse der ergebnisoffenen Prüfung der Umzugspläne des BKA nach Berlin, die der Bundesminister des Innern, Otto Schily, zugesichert hat, vorliegen? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Andreas Pinkwart
(FDP) | Welches Entscheidungsverfahren wurde gewählt, um tatsächlich das Prüfungsverfahren ergebnisoffen zu gestalten? |
| 20. Abgeordneter
Otto Fricke
(FDP) | Wie hoch werden die Kosten für den Umzug des BKA nach Berlin beziffert? |
| 21. Abgeordneter
Otto Fricke
(FDP) | Welche Auswirkungen hat der Umzug nach Berlin für den Haushalt des BKA? |

- | | |
|--|--|
| 22. Abgeordnete
Sibylle
Laurischk
(FDP) | Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr der Beeinträchtigung der Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland in der Phase der eventuellen Umzugsmaßnahmen des BKA ein? |
| 23. Abgeordnete
Sibylle
Laurischk
(FDP) | Welche Haltung hat die Bundesregierung zu dem Argument, dass die erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität in erster Linie eine enge Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer bzw. internationaler Ebene bedingt und dass auf Grund moderner Kommunikationssysteme die Annahme anachronistisch sei, eine wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus lasse sich nur bewerkstelligen, wenn in Deutschland sämtliche operative Einheiten an einer Stelle untergebracht seien? |
| 24. Abgeordnete
Helga
Daub
(FDP) | Trifft es zu, dass die Bundesregierung Überlegungen anstellt, wie die Liegenschaften des BKA in Mecklenheim sinnvoll weiter genutzt werden können, und wenn ja, welche? |
| 25. Abgeordnete
Helga
Daub
(FDP) | Welche konkreten Überlegungen werden im BMI diesbezüglich vorgenommen? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Ole
Schröder
(CDU/CSU) | Welche Art von einheitlicher, flächendeckender Seeraumüberwachung für die deutschen und die angrenzenden Seegebiete existiert, auf die die Vollzugskräfte der Länder und des Bundes auf See für ihre Einsatzplanung zugreifen können?*) |
| 27. Abgeordneter
Günter
Baumann
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass die spanische Regierung Erkenntnisse über mangelhafte Kontrollen deutscher Grenzbeamter nach Schengenstandard der Bundesregierung mitgeteilt hat? |
| 28. Abgeordneter
Günter
Baumann
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über mangelhafte Grenzkontrollen an der deutsch-schweizerischen Grenze? |

*) Siehe hierzu auch Frage 2.

29. Abgeordneter
**Clemens
Binninger**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Günther Beckstein, mit Schreiben vom 12. April 2000 (Gz.: IA2-2084.10) den Bundesminister des Innern, Otto Schily, von seinen Sicherheitsbedenken gegen den sog. Volmer-Erlass unterrichtete, und wenn ja, was hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, gegenüber dem Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, hierauf konkret unternommen, um den Sicherheitsbedenken Rechnung zu tragen?*)
30. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)
- Welche Bedenken hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, konkret gegen den so genannten Volmer-Erlass geltend gemacht (siehe Antworten des Staatssekretärs im BMI, Dr. Götztrik Wewer, vom 27. Februar 2004 auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Norbert Geis und auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Clemens Binninger auf Bundestagsdrucksache 15/2635), und in welcher Form geschah dies?
31. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, hierbei auch rechtliche Bedenken im Hinblick auf einen Verstoß des sog. Volmer-Erlasses gegen das deutsche Ausländerrecht, das Schengener Durchführungsübereinkommen oder die Gemeinsame Konsularische Instruktion (GKI), die von der Bundesregierung immer als gesetzliche Grundlage für das Visaerteilungsverfahren benannt werden (vgl. z.B. Antwort des Staatssekretärs im BMI, Dr. Götztrik Wewer, vom 27. Februar 2004 auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Clemens Binninger auf Bundestagsdrucksache 15/2635), geltend gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

32. Abgeordneter
**Georg
Schirmbeck**
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe ist nach Auffassung der Bundesregierung noch mit Mehreinnahmen durch die Tabaksteuererhöhung zu rechnen angesichts des Absatzrückgangs von versteuerten Industriezigaretten in 2003 um 7 % und der unverminderten Fortsetzung dieses Trends in 2004?

*) Siehe hierzu auch Frage 9.

33. Abgeordneter
Georg Schirmbeck
(CDU/CSU)
- Mit welchen Steuerausfällen rechnet die Bundesregierung durch legale und illegale Zigarettenbeschaffung im Hinblick auf die Öffnung der Grenzen zu den östlichen EU-Beitrittsländern?
34. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Höhe der künftigen Rückflüsse aus dem EU-Haushalt nach Deutschland ein, wenn sie die Deckelung der Einzahlungen auf 1,0 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) durchsetzen kann, und welche Konzepte hat die Bundesregierung, um eventuell sinkende Rückflüsse in Form von Strukturhilfen für die bisherigen Fördergebiete zu kompensieren?
35. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Einfluss einer derartigen Deckelung der Zahlungen auf 1,0 % des BNE auf die Neugestaltung der nationalen Struktur- und Wirtschaftsförderung, und wie will die Bundesregierung die Forderung des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, nach einer Konzentrierung der Struktur- und Wirtschaftsförderung auf ostdeutsche Wachstumskerne konkret umsetzen?
36. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen bzw. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe gegen H. K. Maßnahmen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG – Widerruf der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb gemäß § 87 VAG oder sonstige Aufsichtsmaßnahmen) gegen die RS Reise-Schutz Versicherungs AG oder sonstige Versicherungsunternehmen von H. K. ergriffen, und wenn nein, warum nicht?
37. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Weshalb hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der RS Reise-Schutz Versicherungs AG noch am 17. Dezember 2002 die Erlaubnis zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs erteilt (vgl. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, auf die Frage 22 des Abgeordneten Clemens Binner in der Fragestunde am 3. März 2004, Plenarprotokoll 15/93, S. 8298C), und wie vereinbart sich diese Verfahrensweise mit der gesetzlichen Vorschrift des § 8 Abs. 1 VAG, nach der

diese Erlaubnis zu versagen ist, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Geschäftsleiter die Voraussetzungen des § 7a Abs. 1 VAG (u. a. Zuverlässigkeit) nicht erfüllen?

38. Abgeordneter
**Stefan
Müller
(Erlangen)**
(CDU/CSU)

Welche Versicherungsunternehmen waren Anbieter der Reiseschutzpässe der RS Reise-Schutz AG, die vom BMI und vom Auswärtigen Amt im Jahre 2001 als Ersatz für die Kostenrisikoübernahmeerklärung nach dem Ausländergesetz akzeptiert wurden?

39. Abgeordneter
**Stefan
Müller
(Erlangen)**
(CDU/CSU)

Verfügten diese Unternehmen für den Reiseschutzpass über eine Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb nach dem VAG?

40. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Ist das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen bzw. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) darüber informiert worden, dass im Zusammenhang mit den von der RS Reise-Schutz Versicherungs AG vertriebenen Reiseschutzpässen seit mindestens April 2002 der Verdacht des Missbrauchs zu schweren Straftaten (Gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen von Ausländern u. a.) vorliegt und dass deshalb ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Eigentümer dieses Versicherungsunternehmens, H. K., eingeleitet wurde, und wenn nein, warum nicht?

41. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Haben das BMI oder das AA das BMF oder das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen bzw. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht über diesen Verdacht informiert?

42. Abgeordneter
**Matthias
Sehling**
(CDU/CSU)

Ist der Geschäftsleiter eines Versicherungsunternehmens, dem schwere Straftaten zur Last gelegt werden, als zuverlässig im Sinne des § 7a Abs. 1 VAG anzusehen, und seit wann wurden die Produkte der RS Reise-Schutz AG (insbesondere Reiseschutzpass) vom BMI oder vom AA ebenfalls als Ersatz für die Kostenrisikoübernahmeerklärung nach dem Ausländergesetz akzeptiert?

43. Abgeordneter
**Matthias
Sehling**
(CDU/CSU)

Welche Ermittlungen hat das BMI bei den Sicherheitsüberprüfungen der RS Reise-Schutz AG bei der Überprüfung des Bonitätsnachweises über die Herkunft der Liquiditätsmittel von 1 Mio. Euro in Form von Bankguthaben durchgeführt, und mit welchem Versicherungsunternehmen war eine Rückversicherung zum Zeitpunkt der Bonitätsüberprüfung abgeschlossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

44. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Vergabepraxis der Bundesanstalt für Arbeit: Teil I – Kommunikationsberatung und virtueller Arbeitsmarkt (Bundestagsdrucksache 15/2330, Frage 51) vom 14. Januar 2004, in der die Bundesregierung eindeutig verneint, dass es in der Bundesagentur für Arbeit (BA) Berechnungen gegeben hat, wonach der Virtuelle Arbeitsmarkt rund 100 Mio. Euro kosten könnte, und den Aussagen des Abteilungsleiters im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Bernd Buchheit, im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit vom 3. März 2004 sowie entsprechenden Zeitungsmeldungen (u. a. Financial Times Deutschland vom 2. März 2004), wonach der Verwaltungsrat der BA und damit auch das BMWA bereits am 18. Dezember 2003 über eine entsprechende Kostensteigerung durch das BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt mündlich informiert worden ist?

45. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)

War der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Vergabepraxis der Bundesanstalt für Arbeit: Teil I – Kommunikationsberatung und virtueller Arbeitsmarkt (Bundestagsdrucksache 15/2330) bekannt, dass innerhalb der BA bereits im Dezember des vergangenen Jahres mit einer Kostensteigerung des Virtuellen Arbeitsmarktes auf rund 100 Mio. Euro gerechnet wird, und wann hat sie diese Information erstmalig erhalten?

46. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Berechnung des Landkreises Leer und anderer niedersächsischer Landkreise und Städte (vergleiche Berichterstattung in der Rheiderland-Zeitung, 20. Februar 2004, General-Anzeiger, 23. Februar 2004), wonach für diese kommunalen Haushalte durch das so genannte Hartz-IV-Gesetz, das u. a. die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe regeln soll, entgegen der ursprünglichen Annahme der Bundesregierung zusätzliche finanzielle Belastungen zu erwarten sind?
47. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund eine Änderung der entsprechenden Regelungen des so genannten Hartz-IV-Gesetzes, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

48. Abgeordneter
**Hartwig
Fischer**
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass viele drogenabhängige Sozialhilfeempfänger, die sich zu einer Behandlung mit Ersatzdrogen entschieden haben, durch die hohe finanzielle Belastung die Therapie abbrechen oder aber gar nicht beginnen?
49. Abgeordneter
**Hartwig
Fischer**
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, die gesetzlichen Bestimmungen der Zuzahlung für Sozialhilfeempfänger zu ändern, um ihnen diese medizinische Behandlung zu ermöglichen, und wenn ja, in welchem Rahmen?
50. Abgeordneter
**Matthäus
Strebl**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, die Sozialversicherungsabkommen, insbesondere das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen vom 30. April 1964 und das deutsch-jugoslawische Abkommen vom 12. Oktober 1968 sowie Regelungen des überstaatlichen EU-Sozialversicherungsrechts, welche eine Mitversicherung von im Ausland lebenden Familienangehörigen über in Deutschland lebende Ausländer vorsehen, aus Gründen der Gleichbehandlung abzuschaffen?

- | | |
|--|--|
| 51. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, welche Kosten den gesetzlichen Krankenkassen entstehen durch eine solche Mitversicherung ausländischer Familienangehöriger? |
| 52. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzsch
(fraktionslos) | Wie groß ist der Anteil der Ausgaben der privaten Haushalte an den gesamten Gesundheitskosten, und wie hat sich dieser Anteil seit 1990 im Verhältnis zu den Gesamtkosten entwickelt? |
| 53. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzsch
(fraktionslos) | Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der geplanten Einführung von Gebühren für Sozialgerichtsverfahren, und wie hoch sollen die Gebühren ausfallen? |
| 54. Abgeordnete
Gerlinde
Kaupa
(CDU/CSU) | Wie viele der am Heroinprojekt in Bonn teilnehmenden Abhängigen haben während der 2-jährigen Laufzeit des Projekts dauerhaft in alternative Behandlungsangebote wie die Methadon-Substitution gewechselt bzw. zu einem dauerhaften Ausstieg aus der Drogenabhängigkeit gefunden? |
| 55. Abgeordnete
Gerlinde
Kaupa
(CDU/CSU) | Welche weiteren Behandlungsmöglichkeiten, Übergangsregelungen und staatlichen Heroinabgaben mit welchem Haushaltsansatz plant die Bundesregierung nach dem Auslaufen des Heroinprojekts, um die teilnehmenden Abhängigen auch weiterhin zu betreuen? |
| 56. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Liegt von Seiten der Bundesregierung die Bereitschaft vor, die Haushalte der Sozialhilfeträger wie auch die der Pflegekassen so zu verbessern, dass die finanziellen Mittel für die – beispielsweise vom Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e. V. geforderten (vgl. VDAB-Newsletter 04.2004 vom 24. Februar 2004) – notwendigen Qualitätsverbesserungen in der Pflege zur Verfügung stehen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

57. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU)
- Welche Verträge wurden bei der Einführung des neuen Radar- und Flugplandatensystems (P1) abgeschlossen, und wie bestimmt sich die Haftung bei Auftreten von technischen Mängeln, die die Sicherheit der deutschen Flugüberwachung gefährden könnten?
58. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Sind mit dem vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, nach einem Treffen mit SPD-Abgeordneten aus den neuen Ländern angekündigten Strategiewechsel zum Aufbau Ost, die künftige Förderung für Ostdeutschland stärker auf Wachstumszentren und Wachstumskerne zu konzentrieren, Einschränkungen für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und die Investitionsförderung in strukturschwachen Regionen und im ländlichen Raum verbunden, und wenn ja, welche Programme sind davon betroffen?
59. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Mit welchen Instrumenten wird sichergestellt, dass nach einem Strategiewechsel beim Aufbau Ost der ländliche und strukturschwache Raum nicht vernachlässigt wird?
60. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wie viele externe Berateraufträge und Unterstützungsaufträge hat die Bundesregierung während des Umwandlungsprozesses der Deutschen Bundesbahn zur Deutschen Bahn AG im Rahmen der Bahnreformen I und II erteilt?
61. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wie wirken sich die Ergebnisse der durchgeführten Erfolgskontrollen auf die Gesamtentlastung des Bundeshaushaltes aus?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des
Bundeskanzleramtes**

62. Abgeordneter
**Bernhard
Kaster**
(CDU/CSU)
- Sind die in der „Bild“ vom 2. März 2004 auf Seite 2 angesprochenen Wahlvorhersagen zur Landtagswahl in Hamburg des Meinungsforschungsinstituts Forsa von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden, oder sind diese angesprochenen Wahlvorhersagen in irgendeiner sonstigen Art und Weise aus Bundesmitteln finanziert worden?
63. Abgeordneter
**Bernhard
Kaster**
(CDU/CSU)
- Mit welcher Begründung wird im Falle der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand von Staatssekretär Uwe-Karsten Heye dem Bundesrechnungshof vollständige Akteneinsicht zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Versetzung verweigert, und ist diese Begründung mit den dafür zuständigen Fachressorts wie dem Bundesminister des Innern oder der Bundesministerin der Justiz abgestimmt?
64. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung auf europäischer Ebene etwas gegen den Vorstoß des Vorsitzenden des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments, Michel Rocard, zu unternehmen, der vorgeschlagen hat, den festgelegten Turnus für die Reihenfolge der Länder, die die „Kulturhauptstadt Europas“ benennen dürfen, ab 2009 aufzuheben, wodurch Deutschland sein Vorschlagsrecht für 2010 verlieren würde, und wenn nein, warum nicht?

